

Gesundheitspolitik

Widerstand gegen Reform geht weiter

Deutschlands Ärzte werden ihren Widerstand gegen die Gesundheitspolitik der großen Koalition verschärfen und die Patienten darin stärker einbeziehen als jemals zuvor. Das hat der Präsident der Bundesärztekammer, Jörg-Dietrich Hoppe, vor Beginn des Deutschen Ärztetages in Münster in einem Gespräch der F.A.Z. angekündigt. Die Zeit einzelner Ärzteproteste, wie im vergangenen Jahr, sei zunächst vorbei, sagte Hoppe. „Wir werden den Patienten in aller Öffentlichkeit mitteilen, was dieses Gesetz an ärztlicher Versorgung noch möglich sein lässt.“ Bundesärztekammer und die Kassenärztliche Bundesvereinigung wollten „eine strukturierte Information der Patienten gewährleisten, um die konkreten Auswirkungen des Gesetzes zu verdeutlichen“.

Details würden derzeit von den Experten ausgearbeitet. Zur Begründung verwies Hoppe darauf, dass die Beziehung zwischen Arzt und Patient nicht weiter belastet werden dürfe. Es gehe nicht an, „dass der Arzt den Menschen beibringen muss, welche Behandlung sie nicht mehr bekommen, weil es ihnen nicht mehr zusteht oder im Leistungsumfang des jeweiligen Versorgungspaketes nicht mehr enthalten ist“. Hoppe gab zu, dass die Reform auch Verbesserungen mit sich bringe. Neue Versorgungsformen, die Öffnung der Kliniken auch für schwierige ambulante Behandlungen oder die erweiterte Niederlassungsfreiheit seien positiv zu

bewerten. Das gelte auch für die angekündigte Reform der Honorierung niedergelassener Ärzte. Die sollen künftig für ihre Leistung in festen Euro-Cent-Werten bezahlt werden und nicht mehr nach Punkten, deren Wert bei wachsender Leistung abnimmt. Auch soll der Honorardeckel durchlässig werden, damit sich eine Ausdehnung der Behandlungsleistungen nicht automatisch in Honorarkürzungen niederschlägt. Die Klinikärzte hatten im vergangenen Jahr bereits deutliche Einkommensverbesserungen erreicht. „Das ist schön, aber das ist für uns nicht genug“, sagte Hoppe. Diese Verbesserungen würden überschattet von negativen Folgen der Reform.



hausmann cartoon



Kontra elektronische Gesundheitskarte

Milliardenprojekt ohne Nutzen

Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) ist strikt gegen die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK). Der Bundesvorstand hat in Berlin die Ablehnung der eGK beschlossen. „Die Initiatoren dieses Mammutprojektes versprechen alles, bleiben jedoch jeden Nachweis über den Nutzen schuldig“, erklärt der Bundesvorsitzende Dr. Karl-Heinz Sundmacher. Die eGK werde keine Kosteneinsparungen für das GKV-System bringen, sondern Einführungs- und Betriebskosten in Milliardenhöhe verursachen. Die Datensicherheit könne nicht garantiert und ein Missbrauch nicht verhindert werden, warnt Sundmacher. Aus diesen Gründen fordert der FVDZ die zahnärztlichen Körperschaften auf, sich aus allen Initiativen, die der Förderung der eGK dienen, zu verabschieden und stattdessen deren Gefahren offensiv nach innen und außen darzustellen. Außerdem solle sich die Kollegenschaft an Testeinführungen nicht beteiligen.

Auch die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KZBV) hat auf ihrer Vertreterversammlung in Köln beschlossen, die „Einführung der elektronischen Gesundheitskarte in der bisher vorgestellten Form“ abzulehnen. Das Zahnärzterparlament, das die 56.000 Vertragszahnärzte in Deutschland vertritt, erklärte in einer mit großer Mehrheit beschlossenen Resolution, dass das Projekt das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Patienten gefährde, das Vertrauensverhältnis zu ihrem Arzt belastet und für die Praxen keinen erkennbaren Nutzen bringe. Entsprechend solle auch keine Teilnahme von Zahnärzten an den geplanten Testmaßnahmen erfolgen. Der Gesetzgeber wird mit dem Beschluss aufgefordert, realistische Zeitpläne für die Schaffung einer sicheren und anwenderfreundlichen Telematikinfrastruktur im Gesundheitswesen festzulegen.